



**Aktenzeichen: Pet 2-19-15-2120-042946**

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 14.03.2024 abschließend beraten und beschlossen:

Das Petitionsverfahren abzuschließen,  
- weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.

### **Begründung**

Der Petent fordert, staatliche Produktionsstätten für Impfstoffe zu errichten. Nach Ansicht des Petenten seien Impfstoffe begehrter denn je. Zurzeit herrsche Mangel an Corona-Impfstoffen, durch den es milliardenschäden wegen des Lockdowns und tausende Tote gebe. Aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung und der Globalisierung sei mit einem Anstieg von Pandemien zu rechnen. Die privatwirtschaftliche, globale Versorgung habe sich aufgrund nationaler und wirtschaftlicher Interessen als unsicher erwiesen.

Wegen weiterer Einzelheiten wird auf die Petition verwiesen, die auf der Internetseite des Deutschen Bundestages veröffentlicht wurde, dort 93 Mitzeichner fand und in 24 Beiträgen diskutiert wurde.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Petition erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums für Gesundheit (BMG) wie folgt dar:

Die zum Zeitpunkt der Eingabe im Januar 2021 begrenzte Verfügbarkeit von COVID-19-Impfstoffen war nicht auf eine zu niedrige Gesamtmenge bestellter Impfdosen zurückzuführen, sondern lag zum einen in der weltweit begrenzten Menge an Produktionskapazitäten, auch für Ausgangsstoffe begründet, die bei innovativen Produktionsprozessen nicht ungewöhnlich sind und zum anderen an einem unterschiedlich schnellen Voranschreiten weiterer erfolgversprechender Impfstoffentwicklungen anderer Unternehmen. Sowohl auf internationaler Ebene über die Initiative "Access to COVID-19 Tools Accelerator" als auch auf EU- und auf



deutscher Ebene wurden Anstrengungen unternommen, um die Produktionskapazitäten auszuweiten.

Die zügige Entwicklung eines Impfstoffes ist vor allem der Existenz von wettbewerbsfähigen Unternehmen zu verdanken. Eine Errichtung von staatlichen Impfstoffwerken würde aus Sicht des Petitionsausschusses keine Lösung für das Problem der begrenzten Verfügbarkeit von COVID-19-Impfstoffe darstellen; staatliche Produktionsstätten existieren nicht. Die Impfstoffhersteller haben jüngst zahlreiche Kooperationen zur Erhöhung der Herstellung von COVID-19-Impfstoffen abgeschlossen. Dies zeigt, dass die Hersteller auch ohne staatliches Zutun bestrebt sind, ihre Kapazitäten auszuweiten.

Die Produktion von Impfstoffen ist in viele Teilprozesse unterteilt, sehr komplex und aufwendig, insbesondere bei der neuen mRNA-Technologie, und auch abhängig von der kontinuierlichen Lieferung der Wirkstoffe und sonstigen wesentlichen Bestandteile des Impfstoffs. Nur bei abgestimmter Erhöhung des gesamten Produktionsprozesses, inklusive der benötigten Ausgangsstoffe, Verpackungsmaterialien etc. kann die Verfügbarkeit eines Impfstoffes für die Bevölkerung erhöht werden.

Die Bundesregierung unterstützt Unternehmen bei der Entwicklung von Impfstoffen gegen COVID-19 und dem Aufbau von Produktionskapazitäten. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) hat am 11. Juni 2020 die Richtlinie für ein Sonderprogramm zur Beschleunigung von Forschung und Entwicklung dringend benötigter Impfstoffe gegen SARS-CoV-2 veröffentlicht. Im Rahmen dieses Programmes werden die Firmen BioNTech, CureVac und IDT mit bis zu 750 Millionen Euro gefördert um bereits zu einem frühen Entwicklungszeitpunkt die Produktionskapazitäten auszuweiten und die klinischen Studienkapazitäten zu erhöhen. Ergänzend weist der Ausschuss darauf hin, dass die Versorgung mit COVID-19-Impfstoffen sichergestellt ist. Für den Fall einer neuen COVID-19-Welle oder einer neuen Pandemie hat die Bundesregierung sogenannte Pandemiebereitschaftsverträge abgeschlossen. Die Verträge sichern den Zugriff auf Produktionskapazitäten für mRNA, Protein- und Vektorimpfstoffen von fünf Unternehmen. Hierdurch ist Vorsorge für den Fall einer erneuten Engpasssituation getroffen. Neben der Bereithaltung von Produktionskapazitäten umfassen die Verträge auch Vereinbarungen zur Herstellung



und Lieferung von Impfstoffen an die Bundesregierung. Für die kommenden 2 ½ Jahre sind im Haushalt dafür etwa 2,5 Mrd. Euro vorgesehen. Die Impfstoffe werden in Reinraumtechnik aufbewahrt, dass sie jederzeit nutzbar sind.

Mit Blick auf die obigen Darlegungen sieht der Petitionsausschuss keinen parlamentarischen Handlungsbedarf im Sinne der Eingabe und empfiehlt, das Petitionsverfahren abzuschließen, weil dem Anliegen nicht entsprochen werden konnte.